

4. Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Referat bei Mitarbeiterfortbildung Caritas Freiburg in Katholischer Akademie und anschließender Aufsatz in Caritas 96 (1995), 10, S. 445 - 453

Wenn wir heute über Arbeitsmarkt- oder Beschäftigungspolitik sprechen, müssen wir davon ausgehen, daß wir über eine gänzlich andere Problematik sprechen, als sie für unsere Vorfahren gegeben war. Ähnlich der Vermögensbildungsproblematik, wo wir auch lange Zeit brauchten zu erkennen, daß das kirchlicherseits vor der Industrialisierung zum Eigentum Gesagte, etwa bei Thomas v. Aquin, nicht das moderne Produktionsmitteleigentum gemeint haben kann.

So sagt auch Papst Johannes Paul II. 1981 in den einleitenden Bemerkungen zur Enzyklika *Laborem exercens*: "Wir feiern den 90. Jahrestag der Enzyklika 'Rerum novarum' am Vorabend neuer Entwicklungen in den Bereichen der Technologie, der Wirtschaft und der Politik, die nach dem Urteil vieler Fachleute auf die Welt der Arbeit und der Produktion ebenso starke Auswirkungen haben werden wie die industrielle Revolution des vorigen Jahrhunderts." (I. 1.(3)).

Die Frage nach der Rentabilität

Was waren die grundlegenden Auswirkungen damals, die heute ähnlich sein sollen? Es ist notwendig, die grundlegenden Änderungen im Denken und Handeln, soweit es sich auf die ökonomischen Wertungen und Verhaltensweisen bezieht, genauer anzusehen. Bis zur Industrialisierung war man in den Wirtschaftswissenschaften der Auffassung, daß nur die Landwirtschaft produktiv sei. Diese Auffassung über das, was rentabel ist, auch was ein rentabler Arbeitsplatz sei, war zutiefst im Bewußtsein der Menschen verankert, weil sie es nicht anders kannten, weil die weitaus überwiegende Mehrheit dort tätig war und weil diese Arbeit auf das lebensnotwendigste, die Ernährung, gerichtet war, die zu damaligen Zeiten in der Regel prekär war.

Das änderte sich mit der klassischen Nationalökonomie, die die Auffassung vertrat, nur die industrielle warenproduzierende Arbeit sei produktiv. Das zu vermitteln war nicht einfach, vollzog sich doch diese 'Arbeit zu Beginn wegen ihrer gesellschaftlichen Geringachtung überwiegend in Arbeits- und Zuchthäusern (wohl die damaligen Waisenhäuser) und durch Menschen, die gesellschaftlich eher entwurzelt waren, was auch für die späteren freigesetzten Bauern galt. Friedrich List hat diese Auffassung später polemisch karikiert mit dem Vergleich: "Wer Schweine erzieht, ist produktiv, wer Kinder erzieht, ist es nicht. Der Apothekerjunge, der Pillen dreht, ist produktiv, der Arzt, der eine Dienstleistung erbringt, ist es nicht!"

Was als produktiv, als rentierlich oder rentabel angesehen wird und was deshalb in unsere Verhaltensweisen und Tugenden eingeht, wie Sparsamkeit und Fleiß, ändert sich offensichtlich mit den Änderungen der Knappheitsverhältnisse. Heute mit Fleiß und Sparsamkeit weiterhin Güter (!) herzustellen oder zu sparen, kann ökonomische Probleme verursachen. Diese Tugenden müssen sich auf die jeweils knappsten Güter richten, heute etwa die Arbeit, und das erfordert ein Umdenken.

Wenn wir heute von Arbeitslosigkeit sprechen, meinen wir etwas anderes als früher. Für die früheren Ökonomen, auch die Sozialethiker und unsere Vorfahren in den Sozialbewegungen, war Arbeitslosigkeit etwas Vorübergehendes. Die grundsätzlich als vollbeschäftigt gedachte Wirtschaft kommt aus immanenten oder exogenen Gründen aus dem Gleichgewicht (veranschaulicht am Bild des Schaukelstuhles), dann setzen Gleichgewichtskräfte ein, die wieder in Richtung Vollbeschäftigung wirken, bis bei Vollbeschäftigung das System zur Ruhe, ins Gleichgewicht kommt. Dies jedenfalls, solange der Staat sich nicht "von außen" einmischt. Als Keynes 1936 diese klassische Annahme widerlegt und ihr die These entgegenstellt, die marktwirtschaftlich geordnete Volkswirtschaft kann auch bei Unterbeschäftigung ins Gleichgewicht kommen, wurde dies zumindest in die Katholische Soziallehre und in die Programme der Sozialverbände nicht aufgenommen.

4. Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Wenn wir heute von Arbeitslosigkeit sprechen, müssen wir davon ausgehen, daß wir seit 1973 eine anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit haben, die sich über alle konjunkturellen Schwankungen hinweg nicht abbaut.

Wir haben es mit einer Beschäftigungslücke von derzeit 7,5 Millionen Menschen zu tun, registrierte Arbeitslose, stille Reserve, arbeitsmarktbedingtes Ausscheiden Älterer, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM), in Fortbildung und Umschulung (FU) Befindliche eingerechnet. Darin sind die Familienfrauen nicht enthalten. Grob gerechnet, kann man also sagen, daß wir als Volkswirtschaft insgesamt etwa 560 Milliarden Mark pro Jahr durch die Arbeitslosigkeit verschwenden, allein die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit betragen 1993 116 Milliarden Mark.

Wenn wir diese Situation nicht mehr nur einzelwirtschaftlich und von nur kapitalorientierten Interessen her in unseren Köpfen, auch in denen der Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, wahrgenommen und verarbeitet haben, kommen wir zu dem Ergebnis, daß volkswirtschaftlich gesehen diese Arbeitslosigkeit genau in dieser Größenordnung die Produktionsreserve und die Finanzierungsmöglichkeiten unserer Volkswirtschaft darstellt. 7,5 Millionen Menschen in Arbeit gebracht, bei einem durchschnittlichen Beitrag von 80.000 Mark zum Sozialprodukt pro Jahr, ergibt diese gewaltige Summe, mit der wir fast alles, was wir bisher nicht bezahlen können, schaffen könnten.

Ein neues Wachstumsverständnis

Wenn wir die Option Vollbeschäftigung aufrechterhalten, geht das nur mit einem anderen Wachstumsverständnis: Wirtschaft ist nach Oswald v. Nell-Breuning das "Mittelsystem zur Selbstverwirklichung des Menschen". Die heute knappen Mittel sind eher die fehlenden Arbeitsgelegenheiten, die freie Zeit, menschliche Zuwendung, Umwelt, Pflege, Erziehungskultur. Neue Wachstumsfelder, in denen neue bezahlte, rechtlich geregelte und gesellschaftlich anerkannte Arbeit für alle entstehen sollen, haben sich also auf solche Aufgaben zu richten, Arbeitszeitverkürzung wird, richtig umgedacht, so zu dem Wachstumsfeld "freie Zeit" und nicht mehr zu einem Verzicht auf Wachstum. Wirtschaft ist nicht mehr nur ein Teilsektor der Gesellschaft, wo es um materielle Güterproduktion geht. Sie ist eine Dimension aller gesellschaftlichen Bereiche, wo es um Bildungs-, Erziehungs-, Freizeit- und Lebenskultur geht. Die herkömmliche Wirtschaft leistet zu diesem umfassenderen Verständnis von Wirtschaft Zulieferer- und Dienstfunktionen, nicht mehr umgekehrt, wo Familienarbeit zur Reproduktion geworden ist.

Die Option Vollbeschäftigung ist unverzichtbar, wenn wir uns in der Tradition der Katholischen Soziallehre bewegen wollen, für die Arbeit ein "Dreh- und Angelpunkt", ein "Schlüssel" zur Gerechtigkeit der Gesellschaft ist, die Vorrang hat vor allen anderen Faktoren des wirtschaftlichen Lebens, die nur werkzeuglicher Natur sind. Das Sozialprinzip Solidarität meint ja eine Gesellschaft, aus der niemand, der Gottes Antlitz trägt, herausfallen darf.

Aber auch in einer mehr profanen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsverfassung gehört Vollbeschäftigung zu den Funktionsvoraussetzungen für ökonomischen Leistungswettbewerb, der sonst zur ruinösen Konkurrenz verkommt. Auch die mit der politischen Entscheidung zugunsten einer Marktwirtschaft verbundenen Freiheitsrechte und -möglichkeiten der einzelnen Menschen setzen Wahlmöglichkeiten voraus, die bei ruinöser Konkurrenz nicht mehr gegeben sind.

Tradition der Katholischen Soziallehre

Für unsere Vorfahren war Arbeitslosigkeit etwas anderes. Sie wird offenbar kaum als solche - auch vom Wort her - thematisiert. Sie erscheint eher mittelbar, indirekt und wird verarbeitet in der programmatischen Arbeit an folgenden Hauptthemen: Familie, Eigentum und Sozialpolitik.

Familie

4. Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Der gerechte Familienlohn für den Familienvater, der damit eine naturgetreue Familie ernähren können und auch noch Vermögen bilden soll, um für Notzeiten vorzusorgen: Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit bedeutet dies, daß außerhäusliche Erwerbsarbeit den Männern vorbehalten ist, Frauen (und Kinder) sollen nicht auf dem Arbeitsmarkt den Männern eine ruinöse Konkurrenz machen. Dies ist in den Nachwirkungen mit ursächlich für die Lohndiskriminierungen der Frauen, die immer noch eher nur als Hinzuverdienende gesehen, weil nur vorübergehend berufstätig, eher als weniger qualifiziert angesehen werden.

Eigentum

Aus der Perspektive des einzelnen Arbeiters, der als "Nur-Lohn-Arbeiter", ohne Vermögen auf Gedeih und Verderb dem Kapitalbesitzer ausgeliefert ist, kann durch Vermögensbildung ein Freiheitsraum geschaffen werden, der den Arbeiter verhandlungsfähig macht. Er kann auch schon mal zuwarten und muß nicht das erstbeste Angebot annehmen.

Nicht bearbeitet wird dagegen die ordnungspolitische Funktion des Eigentums an Produktionsmitteln, das eine marktwirtschaftsgemäße Unternehmensverfassung zulassen müsse, bei der alle rentablen Arbeitsgelegenheiten tatsächlich zustande kommen. Dies würde eine Änderung auch des Artikels 14 GG und der Vorlieben für kleinbäuerliche Familienbetriebe und kleinhandwerkliche Unternehmensformen in der Rechtsform des Einzelunternehmers, allenfalls Personengesellschaften, erfordern.

Sozialpolitik

Da das Problem eher als vorübergehendes Risikoproblem des einzelnen gedeutet wird, wird auch die Lösung, wie in Fällen der Krankheit oder des Unfalls, sozialversicherungsrechtlich gelöst. Wenn man so will, ist auch dies eine katholische Position, nachdem es im Vorfeld heftige grundsätzliche Kontroversen gegeben hatte, die mit den Begriffen "Sozialpolitik oder Sozialreform" (Haider Thesen 1883), "Gewerkschaftsstreit" und "Staatsintervention" verbunden sind. Schließlich war der Reichsarbeitsminister ein katholischer Priester (Heinrich Brauns).

Die "katholische Position"

Es gibt noch eine vierte "katholische Position", die in diesen Zusammenhang spielt. Der katholische Sozialwissenschaftler Goetz-Briefs, der auch im Königswinterer Kreis im Vorfeld der Enzyklika Quadragesimo anno (1931) mitwirkte und 1933 in die USA emigrierte, ein großer Gewerkschaftstheoretiker, definiert die Gewerkschaften als "Angebotskartell der Arbeit mit Mengenkontingentierung". Damit ist gemeint, die Gewerkschaften haben dafür zu sorgen, daß Arbeitsangebot und -nachfrage bei Vollbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht bilden, und die Strategien dazu sind dann Verbot der Kinderarbeit, Einschränkung der Frauenarbeit und Arbeitszeitverkürzung. Vielleicht kommt von hierher eine gewisse Vorliebe für das Wegschieben des Problems von der allgemeinen Wirtschaftspolitik auf die Tarifparteien. In den programmatischen Positionen kommt, wohl auch wegen einer gewissen Vorliebe für berufsständische Strukturen, immer wieder auch die Forderung nach dem Wirtschafts- und Sozialrat, dem aber nicht direkt die Aufgabe der Beschäftigungspolitik zugeordnet war.

Begriffserklärungen

Bei dieser Vorgehensweise geht es nicht um ein Urteil über die Einschätzungen unserer Vorgänger, davon können wir uns heute alle nur inspirieren lassen. Wir fragen heute lediglich, vor dem Hintergrund heutiger Problemlagen, ob und wie in der Vergangenheit Fragen und Antworten waren, die uns heute im Wege stehen, das Neue unserer heutigen Problemlage zu begreifen.

4. Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Bei der Frage nach "katholischen Positionen" ist vielleicht hilfreich zu unterscheiden zwischen: Aussagen des kirchlichen Lehramtes in Rom und der einzelnen Bischöfe; Aussagen katholischer Sozialwissenschaftler, sozusagen als wissenschaftliche Reflexion der Sozialverkündigung des Amtes; Aussagen und die Arbeit katholischer Laienorganisationen, insbesondere der Sozialverbände und des Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und Aussagen einzelner Persönlichkeiten aus dem katholischen Umfeld. Für die Vergangenheit ist noch die Unterscheidung wichtig in Aussagen und Entscheidungen im Zusammenhang mit dem politischen und sozialen Katholizismus, die häufig von aktuellen Kompromißfordernissen, auch in Tagesfragen, mitgeprägt sind, innerhalb des Zentrums beispielsweise, aber auch im Verbund mit anderen politischen Kräften. Die Entstehungsgeschichte des Volksvereins für das katholische Deutschland ist Beispiel.

Zu unterscheiden ist in diesem Zusammenhang auch zwischen Gelegenheitsaussagen, wenn der Bildungsreferent der Christlichen Gewerkschaften aus Anlaß zehn Jahre Weimarer Verfassung in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) anmahnt, daß das Recht auf Arbeit in der Verfassung bei annähernd einer Million Arbeitslosen nicht eingelöst sei - eine der wenigen Stellen, wo das Wort vorkommt; oder programmatischen Reden, wenn Bernhard Letterhaus 1928 in der großen Programmrede auf der ersten Internationalen der Katholischen Arbeitervereine die Sache nicht erwähnt, wohl gemerkt 1928.

Zu unterscheiden ist auch zwischen Grundsatzprogrammen und Verbandstagsbeschlüssen (auch hier suchen wir bis etwa 1972, also bis zum 2. Würzburger Programm der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), vergebens nach Aussagen zur Arbeitslosigkeit) und Kompromißformeln innerhalb des politischen Katholizismus, der, um die Einheit innerhalb der Partei zu sichern, eher die Kulturkampfthemen favorisiert und die Themen der Katholischen Soziallehre verdrängt hat, gegen Ende das Katholische nur noch in geistlichen Führerpersönlichkeiten herauszustellen in der Lage ist.

Demgegenüber ist das Lehramt in Rom in solchen Fragen äußerst progressiv und konsequent an den klassischen Positionen vom Vorrang der Arbeit, wenn etwa Papst Johannes Paul II. in *Laborem exercens* (1981) (IV.18) folgendes sagt: "(1) Geht es um die Rechte der Arbeitenden gerade im Verhältnis zu diesem mittelbaren Arbeitgeber, das ist zu dieser Vielzahl der für die ganze Zielrichtung der Arbeitsmarktpolitik maßgeblichen nationalen und internationalen Instanzen, dann verdient an allererster Stelle eine ganz grundlegende Angelegenheit unsere Aufmerksamkeit, nämlich die Sorge um Arbeitsgelegenheit, mit anderen Worten, allen Arbeitsfähigen angemessene Beschäftigung zu sichern. Das gerade Gegenteil eines gerechten und geordneten Zustandes auf diesem Gebiet ist die unfreiwillige Arbeitslosigkeit, der Mangel an Arbeitsplätzen für Arbeitsfähige.

(2) Um der Gefahr solcher unfreiwilliger Arbeitslosigkeit entgegenzutreten und allen eine Arbeitsgelegenheit zu sichern, müssen die hier als mittelbare Arbeitgeber angesprochenen Instanzen einen Gesamtplan aufstellen für die Unternehmen, in denen dieses hochentwickelte nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das gesamt-kulturelle Leben des Landes formende Geschehen sich abspielt..."

Diese Aussagen werden auch in *Centesimus annus* (1991) bestätigt. Aber schon in *Gaudium et spes* (1965) (70) heißt es: "Investitionen ihrerseits müssen dahin zielen, in ausreichendem Maße Arbeits- und Verdienstgelegenheiten zu schaffen, nicht allein für die gegenwärtige, sondern auch für die künftige Bevölkerung..."

Und in Nr. 64 wird der wirtschaftliche Fortschritt zum Dienst am Menschen nicht nur für herkömmliche Warenproduktion in Dienst genommen, wenn es ausweitend heißt: "Die fundamentale Zweckbestimmung dieses Produktionsprozesse besteht aber weder in der vermehrten Produktion als solcher noch in Erzielung von Gewinn oder Ausübung von Macht, sondern im Dienst am Menschen, und zwar am ganzen Menschen im Hinblick auf seine materiellen Bedürfnisse, aber ebenso auch auf das, was er für sein geistiges, sittliches, spirituelles und religiöses Leben benötigt."

4. Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Wichtig ist der Unterschied zwischen Arbeitsmarktpolitik, die beim Bundesarbeitsminister und bei der Bundesanstalt für Arbeit angesiedelt und institutionell abgesichert ist, und der Beschäftigungspolitik, die keine eigene institutionelle Absicherung kennt. Sie ist zwar als Auftrag der Politik im Stabilitätsgesetz verankert, findet aber als globale, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einbeziehende politische Strategie nicht statt. In den Regierungserklärungen wird sie eher den Tarifparteien zugeschoben.

Thesen zu den katholischen Positionen

Das Problem Arbeitslosigkeit und ihre Folgen wird zunächst als Armutproblem wahrgenommen und dort zunächst als Caritas-Aufgabe und Selbsthilfe, dann als sozialpolitische Aufgabe zur Absicherung individueller Lebensrisiken durch Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung prinzipiell gelöst. Es ist kein eigenständiger Problemkomplex mangelhafter gesellschaftlicher Struktur. Es wird auch nicht als wirtschaftspolitische Aufgabe, weder in der Ordnungs- noch in der Prozeßpolitik gesehen. Konjunkturelle, saisonale, technologische und friktionelle Arbeitslosigkeit werden als vorübergehende Folgeerscheinungen einer liberal-kapitalistischen Wirtschaft gesehen, die man mit Sozialpolitik erträglich macht.

Damit folgen die Aussagen den herrschenden Auffassungen der Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik, die man als politischer Katholizismus in der Weimarer Zeit wesentlich mitgestaltet. Auch die Zuspitzung der Probleme gegen deren Ende (Brüningsche Notverordnungen) wird eher auf politische Sonderfaktoren zurückgeführt und kann programmatisch kaum aufgearbeitet werden.

Der eigentlich bis heute als entscheidend angesehene Sektor zur Schaffung von mehr Arbeitsgelegenheiten ist eine eng definierte Wirtschaft als "Markt-"Wirtschaft; die unternehmerischen Investitionen und die Tarifpolitik sind eher von Katholiken gemieden und gelten eher als Feld des konfessionellen oder parteipolitischen Gegenspielers. Umgekehrt identifizieren sich Katholiken mit der Bonner Republik, wo sie zum ersten Mal die Mehrheit und entscheidenden Einfluß haben, daß sie eher nicht Kritik anmelden. Insofern werden Ansätze wie das "Angebotskartelle der Arbeit" oder auch die Keynes'sche Wirtschaftspolitik nicht aufgenommen oder weiterverfolgt.

In der sozialetischen Literatur wird an zwei Stellen auf diese etwas überraschende Zurückhaltung gegenüber der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungspolitik hingewiesen: Johannes Messner schreibt 1956 in seinem Buch "Die soziale Frage": "Noch nach einer anderen Seite ist der innere Zusammenhang von Bedürfnisprinzip und Leistungsprinzip in unserem System hergestellt. In der liberalistischen ökonomischen Theorie war der Lohn nur Produktionselement, dessen Preis sich wie jeder andere Preis nach dem Prinzip der 'Selbstregulierung der vermittels des freien Wettbewerbs der Gleichgewichtslage zustrebenden Volkswirtschaft' bilden sollte; dabei wurden Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen als unvermeidliche Folgen gesehen.

Dagegen sind in unserem System (das der christlichen Sozialreform, d. Verf.) Vollproduktivität und daher auch Vollbeschäftigung wesentliche Bestandteile der geordneten Sozialwirtschaft und somit bestimmend für den möglichen Lebensstandard, d. i. die Bedürfnisse Seite in der Frage der Lohngerechtigkeit." (Seite 515)

Messner kommt zu dem Ergebnis: "Der gerechte Lohn ist der Leistungslohn bei Vollproduktion der Volkswirtschaft einschließlich der Vollbeschäftigung; weil auf den Sozialzweck der Wirtschaft bezogen, bezeichnen wir ihn als Soziallohn. Das weitere Ergebnis: Dieser Lohn ist der von der Gerechtigkeit geforderte Familienlohn, nämlich der Soziallohn als der Lohn, den eine Volkswirtschaft aufgrund ihrer Vollproduktivität in Ausnutzung der ihr verfügbaren Naturgüter und Arbeitskräfte für den erwachsenen, voll leistungsfähigen Arbeiter zu erstellen vermag und zu erstellen hat". (Seite 518 f) "Etwas anderes als diesen Lohn den Familienlohn zu nennen, widerspricht nicht nur der unerbittlichen

4. Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Voraussetzung der wirtschaftlichen Kulturaufgabe einer bestimmten Gesellschaft, sondern ist auch in keinem Prinzip der Gerechtigkeit begründet."

Dieser gerechte Lohn ist nach Messner zuallererst eine wirtschaftspolitische Aufgabe, und nur in Verbindung damit eine sozialpolitische. Messner gibt auch Hinweise, warum solche Einsichten erst relativ spät in der Katholischen Soziallehre Platz greifen: "Den Zugang zur Erkenntnis des inneren Zusammenhanges von Vollbeschäftigung und Lohngerechtigkeit gebahnt zu haben, ist zweifellos eines der Verdienste von Keynes, mag er auch selbst nicht an die Gerechtigkeitsfrage gedacht haben, ja mögen die von ihm vorgeschlagenen Methoden mit der sozialen Gerechtigkeit unvereinbar sein". (Seite 517)

Auch Oswald von Nell-Breuning weist einerseits auf die Notwendigkeit der Ausweitung des Wirtschaftsbegriffs, andererseits auf diese Zurückhaltung der Katholischen Soziallehre hin: "Nach unserem heutigen Stand der Erkenntnis kann dafür sehr wohl ein grundlegender Umbau unseres Arbeitslebens, eine Verlagerung des Schwergewichts vom ökonomischen in den Raum höherer Kultursachbereiche in Frage kommen. Unsere Katholische Soziallehre hat der Vollbeschäftigungspolitik gegenüber lange Zeit hindurch eine befremdlich wirkende Zurückhaltung geübt. Nicht als hätte sie verkannt, wieviel Elend und Leid für die Arbeitslosen und welche Gefahr für die gesamte öffentliche Ordnung die Massenarbeitslosigkeit mit sich bringt. Vielmehr hat sie das Ziel, das die beschäftigungspolitischen Maßnahmen anstrebten und auch heute noch anstreben, als verfehlt erkannt. Unsere Beschäftigungspolitik und die Mittel, die sie anwandte (und noch anwendet), zielen nur dahin und führen nur dazu, die Menschen in irgendeine Beschäftigung zu bringen, bei der sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen. Pius XII. prägte dafür die Bezeichnung "formale" Vollbeschäftigung und kennzeichnete sie eben damit als unzulänglich. Menschliche Arbeit ist mehr als Beschäftigung zum Gelderwerb. Ziel muß eben darum sein, soviel wie eben möglich alle in sinnvolle, auch für die Gemeinschaft nützliche Tätigkeit zu bringen. Genau das verlangt heute Johannes Paul II. gleich im ersten Satz seiner Enzyklika über die menschliche Arbeit.

Es würde sich verlohnen, sehr gründlich darüber nachzudenken, ob nicht der Erfolg jeder Beschäftigungspolitik, mindestens dann, wenn er mehr als ein bloßer Augenblickserfolg sein soll, entscheidend von der rechten Zielwahl abhängt, hier davon, daß sie sich über das Ziel bloß 'formaler' Vollbeschäftigung erhebt und das allein menschenwürdige Ziel sinnvoller Beschäftigung anstrebt, nur eine sinnvolle Wirtschaft kann auf die Dauer zufriedenstellend funktionieren." (Vgl. Vollbeschäftigung: In: Stimmen der Zeit 200 (1982), S 217 f.)

Heute ist die von Johannes Paul II. vertretene Position in Deutschland allenfalls in der Weidener Erklärung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Süddeutschlands von 1987 enthalten, die sich damit aber schon im Widerspruch zur KAB Westdeutschlands befindet. In der Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz 1982 zum Thema Arbeitslosigkeit wird ein Jahr nach Laborem exercens eher schon abgewiegelt, der nun vorliegende Entwurf zum Konsultationsprozeß zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland nimmt auf solche Positionen der Katholischen Soziallehre noch nicht einmal mehr Bezug.

Sozialer Katholizismus und Beschäftigungsfragen

Wichtiger sind die Positionen der Kirche, der Katholischen Soziallehre und des politischen Katholizismus, die indirekt die Beschäftigungsfrage mit beeinflussen:

Die Reduktion der Staatsintervention auf Sozialpolitik und die Außerachtlassung der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik.

4. Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Die Vernachlässigung der Tarifpolitik und das Vergessen der Goetz-Briefs'schen Position eines "Angebotskartells der Arbeit" und damit die Vernachlässigung der gesamtwirtschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Ebene für politische Gestaltung.

Die widersprüchliche Vermögensbildungs- und Eigentumsdiskussion. Demgegenüber der Papst: "Eigentum entsteht durch Arbeit, damit es der Arbeit diene." Der Widerspruch zwischen emotionaler Nähe zu Familienbetrieb bäuerlicher, handwerklicher oder kaufmännischer Art und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die eine marktwirtschaftliche Unternehmensverfassung voraussetzt, ist nicht gelöst. Dies ist in unserem Zusammenhang noch wichtiger, weil nur so die Investitionen zustande kommen, die optimales betriebswirtschaftliches Ergebnis in der Form des Gewinnes des Unternehmens und gleichzeitig viele Arbeitsplätze ermöglichen.

Familienlohnkonzept und eine davon ausgehende geschlechtsspezifische Rollenzuweisung, die den größten Arbeitssektor, den privaten Familienhaushalt, nicht als solchen wahrnimmt, sind schon fast skandalöser Natur. Die Reduktion der Wirtschaft auf den Sektor, der marktvermittelte Warenproduktion erstellt, die allenfalls noch den fiskalischen Sektor miteinbezieht, wird Wirtschaft und Arbeit heute nicht mehr gerecht. Es stehen auch die Fragen an: Was ist eigentlich produktiv? Was ist rentabler Arbeitsplatz? Was ist die Wirtschaft? Es ist auch die gesamtwirtschaftliche Perspektive und die Unterscheidung zwischen einer vollbeschäftigten Wirtschaft (die nur umverteilen kann) und einer arbeitslosen Wirtschaft (die nicht genutzte Verteilungsspielräume zur Verfügung hat) einzuführen.

Es wäre wichtig, wenn auch bei uns Entwicklungen der profanen Wirtschaftswissenschaften, etwa Bildungsökonomik, neue Haushaltsökonomik, Heiratsökonomik, wahrgenommen und umgesetzt würden.

Thesen zum Handeln

"Teilen" muß als christliche Tugend oder Verhaltensweise genauer bestimmt werden: In diesem Zusammenhang muß es heißen, durch Sparsamkeit und Fleiß das jeweils knappste Gut, also auch die Arbeit, allen Menschen möglich zu machen. Das darf nicht mit einer Verzichtshaltung verwechselt werden, "Maßhalten", wie es Ludwig Erhard in Zeiten hoher Beschäftigung und überschäumender Konjunktur richtigerweise gefordert hat, kann in Zeiten der Arbeitslosigkeit Gift sein. Johannes Messner bezeichnet als "gerechten Lohn" nur jenen, der bei Ausnutzung der ganzen Produktivität der Volkswirtschaft, also auch der Vollbeschäftigung, zustande kommt; Arbeitslosigkeit führt also auch zu ungerechten Löhnen.

Unser zwiespältiges Verhalten gegenüber dem Staat und seiner Verpflichtung zum Gemeinwohl muß überwunden werden. Einerseits haben wir Katholiken aus Zeiten des Kulturkampfes eine eher ablehnende, reservierte Haltung gegenüber dem Staat und betonen gerne die Zwischenstrukturen (Christliche Demokratie), weil wir den Staat als feindlich erfahren haben gerade in jener Zeit, in der sich zum ersten Mal ein politisches Bewußtsein des Katholizismus geformt hat. Andererseits wird aufgrund dieser Erfahrung die Bonner Republik vor der deutschen Einigung fast zu einem katholischen Staat hochstilisiert, gegenüber dem jegliche Kritik fast den Charakter von "Glaubensabfall" erhält.

Wir brauchen ein selbstbewußtes, grundsätzlich positives Verhältnis zum Staat, das gerade deswegen auch kritisch und distanziert sein darf, das ihn aber in die Wirtschaftsordnung richtig einbaut als jenen, der die Funktionsvoraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen hat. Nur so können Katholiken auch vorbehaltlos ja sagen zu jenem "historischen Kompromiß" nach den Haider Thesen, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise, wenn sie denn sozialpolitisch gestaltet wird, nicht von Grund auf abzulehnen ist.

Karl Homann, Wirtschaftsethiker an der Katholischen Universität Eichstätt in Ingolstadt, vertritt die Auffassung, daß der "Ort der Moral" eben die Schaffung dieser Rahmenbedingungen ist. Dagegen steht

4. Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

zum Beispiel Kurt Biedenkopf mit seiner These: "Wir müssen uns entscheiden, wollen wir Vollbeschäftigung oder Marktwirtschaft mit der Konsequenz der Grundsicherung der Arbeitslosen".

Grundvoraussetzung für eine Problemlösung ist die Ausweitung des Wirtschaftsbegriffs. "Wirtschaft als Mittelsystem zur Selbstverwirklichung des Menschen" (Osald v. Nell-Breuning). Dazu gehört auch die "Nicht-Markt-Ökonomik". Caritas ist Wirtschaftssektor, in dem in Zukunft viele Arbeitsgelegenheiten entstehen müssen, genauso wie in den privaten Familienhaushalten und in Einrichtungen des Sozialstaates. Das sind die Wachstumssektoren, in denen Einkommen entstehen, weil dort produziert wird.

Was produktiv, rentabel, rentierlich ist, das darf nicht allein durch den Markt entschieden werden, sondern durch ethische und politische Vorgaben. Papst Johannes Paul II. in Centesimus annus (1991) A 34: "Sowohl auf nationaler Ebene der einzelnen Nationen wie auch auf jener der internationalen Beziehungen scheint der freie Markt das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse zu sein. Das gilt allerdings nur für jene Bedürfnisse, die 'bezahlbar' sind...und für jene Ressourcen, die 'verkäuflich' sind."

Dieses wirksame Instrument muß ergänzt werden durch andere, wie sie in staatlichen Transferzahlungen aus sozialen und politischen Gründen gegeben sind.

Hinzu kommen müßte nun ein weiteres, das die nicht durch Markt und nicht durch Staat beanspruchten Potentiale der Volkswirtschaft in neuen Wachstumsfeldern nutzt. Sozusagen eine Überschußreserve der Volkswirtschaft, mit der wir Armut bekämpfen. Erziehung, Pflege, Kultur im weitesten Sinne entstehen lassen können.

Oskar Negt hat kürzlich zwischen der ersten Ökonomie und der zweiten Ökonomie unterschieden und mit letzterer eine "Ökonomie des ganzen Hauses" gemeint, wie sie noch bei den ersten Vertretern der modernen Ökonomie, ihren Klassikern, durchaus vorhanden war, auch bei der "Freiburger Schule" eines Walter Eucken und ihren Schülern, auch noch bei Ludwig Erhard.

Der Begriff produktiv oder rentierlich hat sich immer am jeweils knappsten Gut orientiert, warum soll es in Zukunft nicht die Bereitstellung oder schonende Verwendung des knappen Gutes Arbeitsgelegenheit sein?

Der Entwurf des gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage ist genau an dieser Stelle grundsätzlich zu kritisieren. Indem er die Marktökonomie dominant ins Zentrum aller Überlegungen stellt und für sie die Bedingungen verbessern will, macht er die anderen Wirtschaftssektoren, wie Familienarbeit, Sozialstaat, Umwelt, dritte Welt, entweder zu Kostgängern der so verstandenen Wirtschaft oder zu Zulieferern. Kostgänger drohen die Wirtschaft mit ihren Ansprüchen zu überfordern, Zulieferer werden für sie mißbraucht. Familienarbeit wird herabgewürdigt als Reproduktionsfunktion gegenüber dem Arbeitsmarkt.

Der Fünfte Familienbericht der Bundesregierung und das Statistische Bundesamt in seiner Zeitverwendungsstudie von 1994 sprechen hier inzwischen eine deutlich andere Sprache.

Hauswirtschaft, Erziehung und Pflege sind in die Beschäftigungspolitik miteinzubeziehen. Damit muß das klassische Modell des Familienlohnes aufgegeben werden, das sowieso eine Übernahme aus dem liberalen Familienidyll von Liebe und Anmut war, wogegen sich die katholischen Arbeiterinnenvereine gerade mit Berufung auf das katholische Arbeitsethos gewehrt haben

Eine Soziallehre, die die Arbeit so hochschätzt, darf dem wichtigsten und mengenmäßig bedeutsamsten Arbeitsfeld unserer Gesellschaft die Anerkennung als "Arbeit" nicht verweigern. Hier ist Wiedergutmachung auch gegenüber den Frauen und Müttern angesagt.

4. Katholische Positionen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Eine fast magische Beziehung haben wir bezüglich des Geldes. Dieses wird wie kein anderer Gegenstand täglich mehrfach benutzt, ständig mitgetragen und funktional eingesetzt; aber hinsichtlich seines Wesens, seiner Entstehung und Vergänglichkeit gibt es totales Unwissen. Alle noch so vernünftigen Reformstrategien können ohne weitere Argumentation damit abgeschmettert werden, daß kein Geld dafür da sei. Hier tut schlichte Aufklärung darüber not, wie Geld entsteht, wer über seine Entstehung entscheidet und wie die wichtige Aufgabe der Knapphaltung zu bewerkstelligen ist - daß in unserem Währungssystem Geld durch Kreditaufnahme, das heißt Verschuldung, entsteht, und durch Sparen, das heißt Ablieferung im Bankensektor, vernichtet wird.

Die entscheidende Frage ist nicht das Vorhandensein des Geldes, das ist als Kunstprodukt Frage einer politischen Entscheidung. Die Frage ist, ob in der Volkswirtschaft genügend Produktionspotentiale frei sind, um die zusätzlichen Güter und Dienste bereitzustellen einschließlich der Kapitalausstattung dieser zusätzlichen Arbeitsplätze.

Die Frage des Wirtschaftsstandorts Deutschland muß in diesem umfassenderen Verständnis von Wirtschaft als die Frage nach dem Sozialstandort Deutschland verstanden werden, wo Lebenskultur, Wohnkultur, Erziehungs-, Pflege-, Freizeitkultur und andere bereitgestellt werden, überwiegend durch orts- und personenbezogene und damit gebundene Arbeitskräfte. Lediglich ein kleiner Teil dieser Produktion wird arbeitsteilig mit dem Ausland ausgetauscht, wobei Deutschland als hochentwickeltes Industrieland seine Wettbewerbsbeziehungen mit den gleich starken Partnerländern pflegen muß, während eher weniger anspruchsvolle, arbeitsintensive Produktionen den Schwellenländern und Dritte-Welt-Ländern überlassen werden als vorübergehende Chance, sich mit diesen ihren Vorteilen am internationalen Handel beteiligen zu können.

Die Perspektive wird sein müssen, daß ähnlich wie in der Landwirtschaft nur noch wenige Prozent der Erwerbsbevölkerung im warenproduzierenden Gewerbe tätig sein werden, der weitaus überwiegende Teil in personen- und ortsgebundenen Diensten, einschließlich derjenigen in den Familienhaushalten.

Das knappe Gut Arbeitsgelegenheit muß nicht nur sparsam verwandt, es muß auch in neuen Wachstumsfeldern erstellt werden. Diese neuen Wachstumsfelder werden nicht mehr die klassischen Felder des produzierenden Gewerbes sein, sondern jene Bereiche, die bisher ehrenamtlich, nicht bezahlt oder überhaupt nicht organisiert waren.

Gerade Caritas und Arbeitnehmerschaft verfügen über eine Fülle solcher Arbeitsgelegenheiten, angefangen von den gleichwertigen Arbeitsplätzen in Erziehung und Pflege in den Familien bis hin zu jenen in Anstalten, Projekten, auch in Formen von zweitem Arbeitsmarkt, die nicht die Gefahr mit sich bringen, den ersten zu beseitigen

Das Anliegen des "Angebotskartells der Arbeit" (Goetz-Briefs) muß im Solidaritätspakt beziehungsweise im Stabilitätspakt unter Hereinnahme der staatlich verantworteten Wirtschaftspolitik neu organisiert werden. Das ist ein wesentliches Element der Solidarität der Gesellschaft.

Hans Ludwig.